

Wohlstandsverluste mit höheren Einkommen abfedern

TARIFRUNDEN Beschäftigte brauchen dauerhafte Einkommenssteigerungen

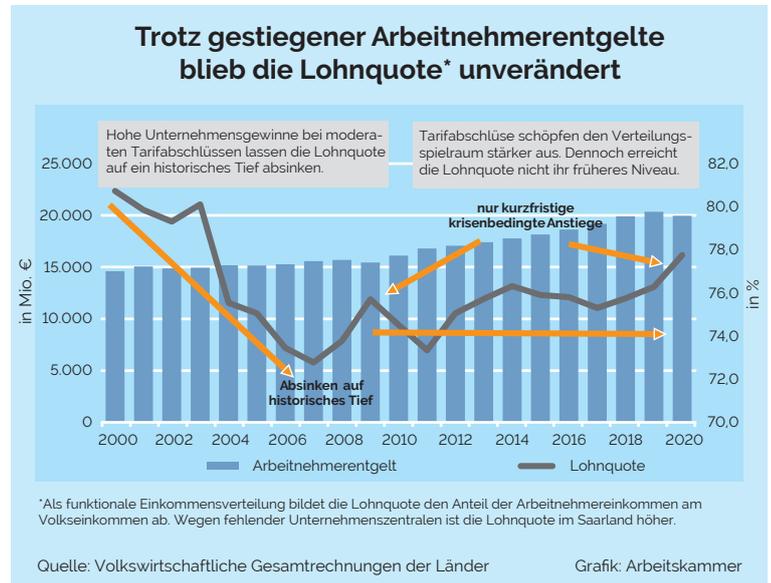
<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/medieninformationen/2022/herbstprognose-ifw-kiel-hohe-energiepreise-druecken-deutsche-wirtschaft-in-rezession/>

Nachdem Beschäftigte wegen Corona bereits Einkommensverluste verkraften mussten, reißt jetzt die Inflation bis weit in die Mitte der Einkommenspyramide noch größere Löcher in die Budgets privater Haushalte. Auch Unternehmen leiden unter der Last steigender Energiepreise. Die aktuellen Tarifrunden finden daher unter äußerst unsicheren und historisch schwierigen Rahmenbedingungen statt. Sie müssen aber einen tragfähigen Kompromiss finden, um nicht zuletzt den sozialen Frieden im Land zu wahren.

Von Karsten Ries

Die Herausforderungen sind immens: Das Kieler Institut für Weltwirtschaft schätzt, dass deutsche Energieimporte im Jahr 2022 bundesweit um 123 Milliarden Euro und im Jahr 2024 um 136 Milliarden Euro teurer sein werden.¹ Gleichzeitig treiben die Energiepreise die allgemeine Inflation weiter nach oben. Zwar ist zumindest mittelfristig nochmals mit einer Normalisierung der Verbraucherpreisentwicklung zu rechnen, das höhere Preisniveau wird aber bleiben. Beide Entwicklungen bedeuten also im Kern einen erheblichen Wohlstandsverlust. Die hieraus resultierenden Belastungen müssen fair verteilt werden. Neben staatlichen Umverteilungsmaßnahmen sind sozialpartnerschaftliche Vereinbarungen unverzichtbar, die branchenspezifischen Besonderheiten Rechnung tragen, weil die wirtschaftliche Lage sehr verschieden sein kann.

Allerdings befinden sich in diesem Jahr einige große Branchen in der Friedenspflicht, das heißt, es finden keine Tarifverhandlungen statt. Sehr viel schwerer wiegt zudem, dass die Reichweite der Tarifbindung immer weiter abnimmt. Im Saarland waren 2021 nur noch 27 Prozent der saarländischen Betriebe und nur



noch weniger als die Hälfte der Beschäftigten (48 Prozent) tarifgebunden – 2002 waren es noch 68 Prozent. Arbeitgeber fordern zwar gerne die Tarifautonomie, verbunden mit der Forderung, der Staat solle sich aus dem Tarifgeschehen heraushalten. Gleichzeitig untergraben und beschädigen sie diese zentrale Institution aber, indem sie entweder nicht Mitglied in einem tariffähigen Arbeitgeberverband sind oder für sich in Anspruch nehmen, trotz Mitgliedschaft die

Eine Stärkung der Tarifbindung ist notwendig

entsprechenden Tarifverträge nicht anzuwenden, es sich also um eine Mitgliedschaft ohne Tarifbindung handelt. Damit entziehen sie sich ihrer sozialpartnerschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Verantwortung.

Gerade jetzt ist für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine finanzielle Entlastung wichtig. Steuerfreie Einmalzahlungen klingen zwar attraktiv, können aber allenfalls kurzfristige Mehrbelastung ausgleichen und die Kaufkraft nur für wenige Monate erhöhen, weil die Wirkung wie bei einem Strohfeder verpufft. Angesichts der Verbraucher-

preisentwicklung brauchen die Beschäftigten stattdessen ein deutliches tabellenwirksames – also dauerhaftes – Einkommensplus. Nur so können die Einkommen mit den Preisen annähernd Schritt halten.

Auch wenn aktuell allein über Tarifpolitik kein vollständiger Inflationsausgleich möglich ist, wird die tarifpartnerschaftliche Stärkung der Arbeitnehmereinkommen perspektivisch zu positiven Wachstumsimpulsen über die Binnennachfrage führen. Außerdem kann nur eine flächendeckende Tarifbindung verhindern, dass sich die Einkommensschere immer weiter öffnet und die Kosten der Krise hauptsächlich auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgewälzt werden.

Angesichts dessen fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Zeitenwende in der Tarifbindung, denn starke Gewerkschaften und Sozialpartnerschaft leisten einen wichtigen Beitrag zu sozialem Frieden und dem Erhalt von Arbeitsplätzen. Die Stärkung der Tarifbindung ist deshalb notwendig. Jetzt!

Karsten Ries leitet das Referat Wirtschaftsstruktur-, Arbeitsmarkt- und Verteilungspolitik.